

Meldungen

zusammengestellt von Thomas Bärthlein und Dirk Geilen

Urbewölkerung der Jarawas gefährdet

Das Überleben der Jarawas, einer Urbewölkerung auf der zu Indien gehörenden Inselgruppe der Andamanen und Nikobaren, ist durch zunehmenden Kontakt mit der modernen Zivilisation stark gefährdet. Wie aus einer Mitteilung der 'Society for Andaman and Nicobar Ecology' hervorgeht, wurden 30 Angehörige des Volkes mit Masern in ein Krankenhaus der Inselhauptstadt Port Blair eingeliefert. Insgesamt leben in der Region Kadamtala auf den Mittelandamanen nur noch rund 300 Menschen dieser Urbewölkerung. Der Zustand der Patienten hat sich mittlerweile stabilisiert. Dennoch: Masern und andere Krankheiten stellen eine ernsthafte und neue Bedrohung für die Jarawas dar: Neu, da sie in der Vergangenheit in von der Zivilisation unberührten Gebieten lebten und zudem feindselig gegen fremde Siedler eingestellt waren. Jeder jetzt eingeschleppte Virus gefährdet somit die Existenz der letzten noch lebenden Jarawas.

Die Inseln in der Andamanensee blicken in diesem Zusammenhang auf eine traurige Vergangenheit zurück: Die fortschreitende Besiedlung hatte zur Folge, daß bereits andere Stammesbevölkerungen durch Krankheiten wie Masern, Lungenentzündungen oder Syphilis dezimiert wurden. Lebten im letzten Jahrhundert bspw. noch 5.000 Einwohner des Stammes der "Großen Andamanen", zählen sie heute gerade einmal 35 Menschen. Zurückzuführen ist dieser Umstand nicht ausschließlich auf die importierten Krankheiten. Zusätzlich haben die Beschneidung ihres Lebensraumes durch die neuen Siedler sowie Massaker durch die Kolonialmächte fast zu ihrer Ausrottung geführt.

Den Jarawas blieb dieses Schicksal bisher erspart. Doch die neuesten Entwicklungen lassen auch hier das Schlimmste befürchten. Die Verwaltung der Inselgruppe versucht nach wie vor sich der Jarawas "anzunehmen" und Kontakt zu ihnen herzustellen. Der Kontakt zur Außenwelt ist für die Jarawas mittlerweile kaum mehr zu vermeiden. Die 'Andaman Trunk Road' führt nun durch ihren traditionellen Lebensraum und die Siedler folgen dieser in den Wald geschlagenen Schneise. Immer häufiger wird von Jarawas berichtet, die in den

neuen Siedlungen nach Nahrungsmitteln und anderen Gebrauchsgegenständen Ausschau halten.

Die 'Society for Andaman and Nicobar Ecology' hat in diesem Zusammenhang die zuständige Verwaltung aufgefordert, unverzüglich Schritte zum Schutz der Jarawas einzuleiten. Unmißverständlich versucht sie deutlich zu machen, daß die Fürsorge der Verwaltung durch Verteilung von Nahrungsmitteln und eine Annäherung an die Jarawas der falsche Weg ist. Einzig eine Stilllegung bzw. Umleitung der 'Andaman Trunk Road' kann nach Meinung der Gesellschaft die Existenz dieser Ureinwohner sichern.

Neue Welthandelsrunde

Eine neue Verhandlungsrunde der 'World Trade Organisation' (WTO) steht bevor. Die Stichworte heißen dabei Landwirtschaft, geistiges Eigentum, Sozialstandards, mengenmäßige Einschränkungen sowie nichttarifäre Hemmnisse und Anti-Dumping. Im Unterschied zu früheren Jahren, in denen Indien an vorderster Front der Entwicklungsländer in solche Welthandelsrunden zog, sind vorbei. Heute will man je nach Fall entscheiden und eigene Interessen vertreten - von der ideologischen Rhetorik früherer Konferenzen ist nunmehr wenig zu hören.

Dabei hat sich die indische Position auf dem Weltmarkt nicht gerade verbessert. Mit einem weltweiten Bevölkerungsanteil von 18 Prozent besitzt Indien gerade einmal ein Prozent am globalen Güterverkehr. Durch das stabile Wirtschaftswachstum der letzten Jahre und den enormen Binnenmarkt ist Indien für die Weltwirtschaft ein interessanter Absatzmarkt. Das Abkommen von Marrakesch, welches die Liberalisierung weiter vorangetrieben hat, hat die Position Indiens nicht gerade gestärkt. Der externen Liberalisierung steht keine entsprechende nach innen gegenüber, die es der Wirtschaft erlauben würde, konkurrenzfähig am Weltmarkt aufzutreten. Einer der am heftigsten betroffenen Sektoren ist die Landwirtschaft.

Proteste indischer Bauern wurden im Sommer bis vor den WTO-Sitz in Genf getragen. Sie argumentierten, daß der indische Markt der Öffnung durch ausländische Landwirtschaftsgüter schutzlos ausgeliefert sei. Dies läge zum einen an einer Reihe bestehender marktverzer-

render Eingriffe, aber auch daran, daß die ausländischen, allen voran die westlichen Agrarprodukte, noch immer hoch subventioniert sind. Die Marrakesch-Beschlüsse haben diese für die indischen Bauern negative Entwicklung noch beschleunigt. Ein groteskes Beispiel läßt sich hierbei beim Produkt Zucker anführen: So hat die EU in den letzten beiden Jahren den indischen Markt mit Zucker überschwemmt. 300.000 Tonnen Zucker gelangten zum weltweit größten Zuckerproduzenten Indien, obwohl die Verarbeitungskosten in Europa um das Vierfache höher sind. Indien sitzt gleichzeitig auf Lagerbeständen von 5 Millionen Tonnen, die jedoch ihrerseits nicht nach Europa ausgeführt werden können, weil Indien nur eine sehr bescheidene Quote beim Export eingeräumt wurde. Gleichzeitig schützen die USA oder die EU ihre Märkte durch hohe Zölle: Die indischen Bauern müssen demgegenüber nach Darstellung indischer Unternehmerverbände "negative Subventionen" in Kauf nehmen.

Nicht nur Neuverhandlungen über die Beseitigung von Ungleichgewichten in der Landwirtschaft werden gefordert. Auch die Konvention über die Biodiversität bedarf nach Meinung vieler Organisationen einer Erweiterung, um das traditionelle Wissen von Gemeinschaften und dessen Vermarktung zu schützen. Das Stichwort "Geistiges Eigentum" beschäftigt auch die indische Industrie der Informationstechnologie (IT). Nach Berechnungen von Unternehmerverbänden arbeiten weltweit 1,7 Millionen Menschen in der IT-Industrie, davon 15 Prozent aus Indien. Weltweit werden 250 Milliarden Dollar umgesetzt, wovon Indien jedoch einmal ganze 0,72 Prozent für sich beanspruchen kann. Einer der Gründe für dieses Ungleichgewicht wird im mangelnden Patentschutz gesehen, da für das exportierte Wissen keinerlei Gebühren nach Indien zurückfließen.

Cauvery-Abkommen auf dem Prüfstand

Das im letzten Jahr unter Vermittlung der Zentralregierung in Delhi zustandegekomene Abkommen über die Wasserverteilung des südindischen Flusses Cauvery zwischen den beiden Bundesstaaten Karnataka und Tamil Nadu wird auf eine harte Probe gestellt. Das Abkommen sollte den Schlußstrich unter

einen jahrzehntelang existierenden Konflikt ziehen. In der Praxis erscheinen die geschlossenen Vereinbarungen nun jedoch nicht umsetzbar. So wurden Wassermengen - fatalerweise in absoluten Zahlen - festgelegt, welche von Karnataka an das am Unterlauf gelegene Tamil Nadu weitergeleitet werden sollten. Aufgrund des zu geringen Niederschlags sieht sich Karnataka nun nicht in der Lage, diese Verpflichtungen einzuhalten.

Der Wahlkampf in Karnataka hat seinerseits dazu beigetragen, alte Wunden in dem Konflikt zwischen den Bundesstaaten aufzureißen. Der Wahlsieger und neue Ministerpräsident Karnatakas, S.M. Krishna, stammt aus dem Kernbereich des Cauvery. Seine Partei, der 'Congress', hatte im letzten Jahr das Abkommen entschieden abgelehnt. Auch jetzt fordern viele Parteifreunde den Ausstieg aus dem Cauvery-Abkommen. Krishna selbst wollte bisher so weit nicht gehen. Statt dessen hofft er zunächst einmal, daß "göttliches Eingreifen" - in Form von ausgiebigem Regen - das Problem aus der Welt schafft.

Umwelt kein Wahlkampfthema

Trotz alarmierender Perspektiven hat bei den diesjährigen Parlamentswahlen wie in den Jahren zuvor der Umweltschutz kaum eine Rolle gespielt. In den Wahlprogrammen wurde das Thema nur am Rande erwähnt. Die Wahlgewinnerin 'National Democratic Alliance' (NDA) verspricht "adäquate Rahmenbedingungen" zu schaffen und u.a. neue Programme zum Schutz der Wasserläufe aufzulegen - eine wirkliche Umweltpolitik ist damit aber noch nicht formuliert.

Die 'Congress'-Partei räumt der Versorgung der Bevölkerung mit sauberem Trinkwasser einen hohen Stellenwert ein und verlangt eine Verlagerung der Umweltschutzpolitik auf die Ebene der Bundesstaaten. Die drittstärkste Kraft im neuen Parlament, die 'Communist Party of India-Marxist' (CPI-M), verlangt stärkere Umweltauflagen für die Industrie, die sie als Hauptverursacherin der Verschmutzungen ausmacht.

Neue Zahlen des 'Zentrums für Wissenschaft und Umwelt' (CSE) in Delhi zeigen, daß dringend gehandelt werden muß: Gemäß Ergebnissen einer Studie kamen im Jahr 1995 in 36 Städten des Landes 52.000 Menschen infolge zu hoher Luftverschmutzung ums Leben. Nach Schätzungen für das Jahr 1996 dürfte diese Zahl bereits auf 80.000 gestiegen sein. Der Grund für diese dramatische Zunahme der Luftverschmutzung wird im wirtschaftlichen Aufschwung und der damit verbundenen Verkehrszunahme in den indischen Städten gesehen.

Auf dem Land hingegen ist weniger die Luftbelastung als die Verseuchung des Grundwassers das größte Problem. Die langjährige Verwendung von Kunstdünger und DDT hat auch hier Spuren hinterlassen. Auf dem Land ansässige Industrien leiten ihre Abwässer zumeist ungeklärt in das Erdreich. Einer Untersuchung durch CSE zufolge, enthielten alle gezogenen Proben Umweltschadstoffe in unzulässigen Mengen, hierzu gehörten u.a. Schwermetalle und Quecksilber.

CSE-Zahlen zeigen, daß das Bruttoinlandsprodukt des Landes zwischen 1975 und 1995 um das Zweieinhalbfache

gewachsen ist, während sich die Luftverschmutzung im gleichen Zeitraum verachtfacht hat. Das erst Ende der achtziger Jahre geschaffene Ministerium für Umwelt sowie die Parteien schenken nach Meinung vieler Umweltaktivisten den bestehenden Problemen zu wenig Beachtung.

Von der Zerstörung der Umwelt bleiben selbst die kulturellen Schätze des Landes nicht verschont: Schon seit Jahren ist das Wahrzeichen Indiens, das Taj Mahal, in seiner Bausubstanz gefährdet. Viele Gießereien in der Region, die als Hauptverursacher ausgemacht wurden, sollen nun auf Anordnung des Obersten Gerichts geschlossen werden. Der 'Supreme Court' hat in den letzten Jahren mehrmals für Bewegung in Umweltschutzangelegenheiten gesorgt. Den Fahrzeugherstellern wurden z.B. Normen beim Schadstoffausstoß auferlegt und die im öffentlichen Verkehr eingesetzten Busse sollen stärkeren Kontrollen unterworfen sein. So dürfen ab April 2001 in der Hauptstadt Delhi nur noch öffentliche Busse verkehren, die mit bleifreiem Benzin oder mit Naturgas betrieben werden.

Hinweis:

Den zweiten Teil des Beitrages 'Indiens nukleare Fähigkeiten veröffentlichen wir aus Platzgründen erst in der nächsten Ausgabe von 'Südasiens'

Die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit in gewalttätigen Konflikten

Das Thema 'Konfliktprävention', 'Konfliktmanagement', 'Konfliktbearbeitung' spielt eine zunehmende Rolle in der wissenschaftlichen, politischen und öffentlichen Diskussion, nicht zuletzt aufgrund der jüngsten kriegerischen Auseinandersetzung im Südosten Europas. Ist es - vor dem Hintergrund der weltweit vielen gewalttätigen Auseinandersetzungen - überhaupt möglich, auf relativ abstraktem Niveau über die Entstehung, die Beteiligung der unterschiedlichsten Akteure, die Ursachen und die Vermeidung bzw. Verminderung der Folgen von Konflikten zu diskutieren und Lösungswege zu entwickeln? Gibt es generelle Lösungsansätze oder zwingen die spezifischen Charakteristika eines jeden Konflikts dazu, ausschließlich fallspezifisch zu denken und zu handeln? Wer hat überhaupt das Recht auf Einmischung und was kann die Einmischung von außen bewirken? Dieser und weiteren Fragen gehen derzeit verschiedene Organisationen nach. Die Anzahl der aktuell veranstalteten Tagungen beweist dies.

Die Tagung will nicht nur eine weitere öffentliche Veranstaltung in einer Reihe von Tagungen sein, sondern sie will bestimmte Fragestellungen gezielt hervorheben. Sie beschränkt sich daher auf die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit und will die Ergebnisse verschiedener Forschungs- und Evaluierungsarbeiten vorstellen und diskutieren.

Typische Effekte der EZ sollen ebenso behandelt werden wie spezifische konfliktverhindernde und konfliktbearbeitende Maßnahmen und indirekte Wirkungen. Am konkreten Länderbeispiel untersuchen und aufgrund von Ländererfahrungen sollen sowohl generelle als auch konkrete Schlußfolgerungen formuliert werden, die zur Beurteilung des vorhandenen Instrumentariums der EZ sowie zu seiner Erweiterung beitragen.

Die Tagung richtet sich an die entwicklungspolitische Öffentlichkeit, die Wissenschaft, Forschung sowie NGOs und die Praxis. Die ReferentInnen sind entsprechend breit ausgewählt.

Im Rahmen von AG sollen anhand von Länderbeispielen und -erfahrungen die verschiedenen Konflikttypen, Indikatoren, Instrumente und Akteure diskutiert werden, um praxisorientierte und konkrete Vorschläge für Aktivitäten der EZ zu thematisieren. Dazu wurde ein umfassender Fragenkatalog entwickelt, der einerseits dazu führen soll, daß alle relevanten Themen angesprochen werden und andererseits, daß die Diskussion nicht ausufernd, sondern sich auf die Rolle der EZ beschränkt.

Die Tagung soll vom 3.-5. Dezember 1999 in Berlin stattfinden und wird vom SID Berlin, dem World University Service und der Heinrich-Böll-Stiftung veranstaltet.

Weitere Informationen, An- und Rückmeldungen an:

Brigitte Fahrenhorst
Holsteinischestr. 44
10717 Berlin

Tel.: 0049-30-861 30 91
Fax: 0049-30-861 93 70
email: BrigitteFahrenhorst@t-online.de